

# DEUTSCHE WIRTSCHAFT

## DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 3. VIERTELJAHR 1965

Die konjunkturelle Expansion dauert an. Sie trifft gegenwärtig mit dem Höhepunkt des Herbstaufschwungs zusammen. Infolgedessen werden im November erneute Produktionsrekorde zu verzeichnen sein. Dennoch wäre es nicht richtig, von einer überhitzten Konjunktur zu sprechen. Manche Erscheinungen im Wirtschaftsleben dieser Tage lassen sich sogar schon als Vorboten einer sich allmählich anbahnenden Konjunkturabschwächung deuten. Vorerst dürfte sich allerdings das Expansionstempo nicht wesentlich vermindern.

Einso wie in der ersten Hälfte dieses Jahres wird die *reale* Wachstumsrate voraussichtlich auch im 2. Halbjahr etwa 5 vH betragen. Infolge des starken Preisaufstiegs wurde allerdings im 1. Halbjahr der *nominale* — in jeweiligen Preisen gerechnete — Zuwachs des Bruttosozialprodukts auf 8,5 bis 9 vH aufgebläht — im 2. Halbjahr wird sich hieran kaum etwas ändern.

Das Bild der Konjunktur ist seit einiger Zeit differenzierter geworden, und im Feld der großen konjunkturellen Antriebskräfte sind Verschiebungen im Gange. So nimmt die Bedeutung der *Auslandsnachfrage*, von der vor mehr als zwei Jahren der Anstoß zum erneuten Konjunkturaufschwung ausging, die sich jedoch im Laufe des vergangenen Jahres erheblich abschwächte, seit einigen Monaten wieder zu. Die Ausgaben für den *privaten Verbrauch* sind bisher gegenüber 1964 beschleunigt angestiegen, so daß die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage gegenwärtig stärker verbrauchsorientiert ist als vor einem Jahr, zumal auch der *Staatsverbrauch* überdurchschnittlich zugenommen hat. Von der wachsenden Verbrauchsorientierung geht ein stabilisierender Einfluß auf die Konjunktur aus. Ungeschwächt ist nach wie vor die *Investitionstätigkeit* der Unternehmer; die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen steigen weiterhin überdurchschnittlich an, und ihre Zuwachsrate wird in diesem Jahr voraussichtlich sogar noch etwas größer sein als im vergangenen Jahr. Stark vermindert hat sich dagegen das Wachstum der *Bauinvestitionen*. Es liegt seit dem Beginn dieses Jahres erheblich unter dem Durchschnitt, nachdem die Nachfrage nach Bauleistungen viele Jahre lang eine Hauptantriebskraft der Konjunktur — oft sogar die entscheidende Kraft — gewesen war. Wenig expansiv sind schließlich auch die *Vorratsinvestitionen*.

Die *Industrieproduktion* hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres nicht mehr so stark

ausweiten können wie im vorigen Jahr. Der wichtigste Grund für den etwas flacheren Trend der Produktionsentwicklung ist — außer in dem Mangel an Arbeitskräften — in der, zwar nochmals gestiegenen, aber doch im ganzen nahezu restlosen Ausnutzung der technischen Produktionsmöglichkeiten zu sehen, durch die dem Produktivitätsfortschritt engere Grenzen als vor einem Jahr gesetzt werden. In einigen Bereichen hat — ein Ausdruck der differenzierter gewordenen Konjunktur — wahrscheinlich auch ein Nachlassen der Nachfrage hemmend auf die Expansion von Produktion und Produktivität eingewirkt; jedoch sind diese Erscheinungen nicht ausschlaggebend gewesen.

### *Der Ausfuhrüberschuß schwindet*

Das Gesamtangebot an Waren wird in diesem Jahr durch eine außergewöhnlich kräftig zunehmende *Einfuhr* erheblich erweitert. Die Zuwachsrate der Einfuhr war in den ersten acht Monaten dieses Jahres mit nicht weniger als 22 vH mehr als doppelt so groß wie die der *Ausfuhr* (10 vH) und die des Bruttosozialprodukts (8,5 bis 9 vH)<sup>1)</sup>. Zum erstenmal seit etwa zehn Jahren war die Einfuhr in den letzten Monaten größer als die Ausfuhr, so daß sich kein Ausfuhrüberschuß mehr bilden konnte. Damit ist die (wie die Sachverständigen „zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage“ in ihrem ersten Jahresgutachten ausführten) „Hauptquelle des Geldschwundes“ vorerst versiegt.

Dennoch sind sowohl das gesamtwirtschaftliche *Preisniveau* als auch der Preisindex der Industrieerzeugnisse als auch der Lebenshaltungskostenindex in diesem Jahr gegenüber 1964 stärker angestiegen als in irgendeinem anderen Jahr seit der Korea-Krise. Das gesamtwirtschaftliche Preisniveau lag im 1. Halbjahr 1965 um 3,5 vH höher als im 1. Halbjahr 1964; die industriellen Erzeugerpreise waren vom August 1964 bis zum August 1965 um 2,7 vH und der Preisindex für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltes mit mittlerem Einkommen im gleichen Zeitraum sogar um fast 4 vH angestiegen. Mit Recht hatte deshalb der DGB den Bundeskanzler aufgefordert, vom Sachverständigenrat vordringlich ein Gutachten über die Ursachen dieses ungewöhnlich starken Preisanstiegs anzufordern, und es ist bedauerlich, daß sich Bundeskanzler *Erhard* geweigert hat, dieser Forderung zu entsprechen. Die Sachverständigen hätten in einem solchen Gutachten immerhin die sich aufdrängende Frage beantworten können, ob sie Unrecht hatten mit ihrer Feststellung, die Außenhandelsüberschüsse seien die

1) Dieser Bericht wurde am 12. Oktober 1965 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über den Außenhandel sowie über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum August 1965 vor.

„Hauptquelle des Geldwertschwundes“. Zweifellos sind zur Beantwortung dieser Frage eine differenzierte Betrachtung und eine genaue wissenschaftliche Untersuchung erforderlich. Es muß damit gerechnet werden, daß sich preisliche Wirkungen als Folge des Verschwindens der Ausfuhrüberschüsse erst mit einer zeitlichen Verzögerung einstellen. Die industriellen Erzeugerpreise sind zwar bis zum Frühjahr stark gestiegen, seitdem haben sie sich aber von Monat zu Monat nur noch um durchschnittlich 0,1 vH erhöht — der Jahresvergleich verdeckt diese unterschiedliche Entwicklung. Auch auf den Herbstmassen wurde eine, im ganzen gesehen, Verlangsamung des Preisauftriebs beobachtet. Vermutlich besteht zwischen der Preisberuhigung bei den Industrierzeugnissen und der Beseitigung der Ausfuhrüberschüsse ein Zusammenhang. Schließlich ist bereits in dem Ausdruck „Hauptquelle“ die Erkenntnis enthalten, daß es auch andere Quellen des Geldwertschwundes gibt.

#### *Nahrungsmittel und Mieten an der Spitze des Preisanstiegs*

Diese Quellen werden deutlich erkennbar, wenn man den Anstieg der Lebenshaltungskosten genauer untersucht. Überdurchschnittlich sind die Preise für Nahrungs- und Genußmittel] — vom August 1964 bis zum August 1965 um 5 vH — und die Wohnungsmieten (um 5,8 vH) angestiegen. Diese Preissteigerungen sind größtenteils entweder auf schlechtere Ernteergebnisse oder auf politische Entscheidungen zurückzuführen. Letzteres gilt eindeutig für den Anstieg von Mieten, und vielleicht liegt hier der Grund für die Ablehnung eines Preisgutachtens durch Prof. Erhard. Der durchschnittliche Steigerungssatz bei den Wohnungsmieten im Preisindex wird durch die Mieterhöhungen in den sogenannten „weißen Kreisen“ maßgebend beeinflusst. Die Mietenfregabe in den „weißen Kreisen“ im Oktober 1963 bzw. im Juli 1964 hat sich bei den in diesen Kreisen zur Indexrechnung erfaßten Haushalten mit Altbaumieten dahingehend ausgewirkt, daß deren Mieten im Durchschnitt (also einschließlich der unverändert gebliebenen Mieten) um 18,2 vH bzw. 18,7 vH angestiegen sind.

Politische Maßnahmen haben ebenfalls bei Nahrungsmitteln, die EWG-Marktordnungen unterliegen, zu Preiserhöhungen geführt. Als ein aktuelles Beispiel hierfür mag der „Apfelsinenkrieg“ dienen, der gegenwärtig zwischen den EWG-Behörden einerseits und vor allem Israel und Spanien andererseits geführt wird. Zum Schutz des Absatzes der — bei uns nur wenig gefragten — italienischen Orangen soll der Preis für Apfelsinen, die aus Nicht-EWG-Ländern eingeführt werden, erheblich heraufgesetzt werden; es wird eine Verteuerung um mindestens ein Drittel befürchtet. Pressemel-

dungen zufolge, soll die Bundesregierung bereits im Dezember 1963 grundsätzlich Schutzmaßnahmen für die italienischen Apfelsinen zugestimmt haben, um das Verständnis der italienischen Regierung für die deutsche Haltung bei den Auseinandersetzungen um den EWG-Getreidepreis zu finden.

#### *Schädliche Agrarschutzpolitik der EWG*

Die Agrarschutzpolitik der EWG schadet aber nicht nur fortwährend den Verbrauchern. Sie wird allmählich auch für das Exportgeschäft der Bundesrepublik mit einer Reihe von Nicht-EWG-Ländern gefährlich. Anläßlich der diesjährigen großen Allgemeinen Nahrungs- und Genußmittelausstellung (ANUGA) in Köln haben sich eine Reihe von ausländischen Fachleuten über den Agrarprotektionismus der EWG beklagt. Die Schweden blieben der ANUGA erstmals überhaupt fern, und sie belegten ihre Gründe mit handfesten Zahlen. Länder wie Schweden, Dänemark und andere „mögen noch so einmalige Produkte entwickeln, um im Markt zu bleiben, sie mögen ihren Bauern noch so viel abverlangen. Sobald ihre Lieferungen ins Gewicht fallen, drängt Brüssel sie ganz legal aus dem Rennen“, hieß es hierzu in einem Kommentar in der Zeitung *Die Welt* (28. September 1965). Wird diese Politik fortgesetzt und besinnt man sich nicht in der EWG auf den „Schwur zur Förderung des Welthandels und zur Erhaltung der traditionellen Warenströme“, wie es sich neben den Schweden in Köln der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium der USA erhofft hat, dann wird diesen Ländern „keine andere Antwort als die des Protektionismus bleiben“, schreibt der Kommentator in der *Welt* weiter, und er stellt abschließend die Frage: „Sind die handelspolitischen Kleingärtner in der EWG so sicher, dann noch bestehen zu können?“

Spanien hat jedenfalls bereits mit Einfuhrbeschränkungen für den Fall gedroht, daß der Absatz seiner Orangenernte insbesondere in der Bundesrepublik, die bisher rund 40 vH der spanischen Zitrusfruchtausfuhr abgenommen hat, durch politische Preiserhöhungen beträchtlich zurückgeht. Unsere Ausfuhr in die EFTA-Länder und in die USA zusammen ist mit einem Anteil von rund 35 vH an der Gesamtausfuhr ebenso groß wie die in die EWG-Länder, so daß Einfuhrbeschränkungen der EFTA-Länder als Antwort auf übertriebene Agrarschutzmaßnahmen der EWG unserem Export durchaus schaden können.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres ist die Ausfuhr in diese Länder immerhin überdurchschnittlich gewesen; in die EFTA-Länder wurden 11,1 vH und in die USA und Kanada sogar 17,6 vH mehr Waren ausgeführt als ein Jahr zuvor. Dagegen nahm die Ausfuhr in die EWG-Länder im gleichen Zeitraum nur um

3,4 vH zu. Insgesamt führte die Bundesrepublik in den Monaten Januar bis August 1965 Waren im Werte von 46,2 Mrd. DM aus, 10,1 vH mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Einfuhr stieg dagegen um 21,7 vH auf 45,3 Mrd. DM an. Daraus ergibt sich für die ersten zwei Drittel dieses Jahres ein Ausfuhrüberschuß von nur noch 900 Mill. D-Mark, der fast ausschließlich in den ersten fünf Monaten entstanden ist. Vom Januar bis August 1964 betrug der Ausfuhrüberschuß dagegen 4,7 Mrd. DM. Besonders bemerkenswert ist die überdurchschnittliche Zunahme der für die inländische Marktversorgung wichtigen kommerziellen Einfuhren an gewerblichen Fertigwaren; sie überstieg das entsprechende Vorjahrsergebnis um rund 30 vH. Der starke Rückgang des Ausfuhrüberschusses hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich das Defizit in unserer Zahlungsbilanz der laufenden Kosten (Außenhandel, Dienstleistungen und Übertragungen) von 2,2 Mrd. DM im Januar bis August 1964 auf 4,8 Mrd. DM in den ersten acht Monaten dieses Jahres erhöht hat und daß die Währungsreserven der Bundesbank von Anfang Januar bis Ende August 1965 um reichlich 2 Mrd. DM abgenommen haben.

#### *Unverändert gute Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmungen*

Beides ist indessen noch kein Grund zur Besorgnis, wie mit Recht in einem offenbar im Bundeswirtschaftsministerium verfaßten Aufsatz im *Bulletin der Bundesregierung* vom 28. September 1965 (S. 1285) festgestellt wird. Die reichlichen Gold- und Devisenbestände der Bundesbank erlaubten eine „mäßige und zeitlich begrenzte Passivierung der Handelsbilanz“, und es wird darauf hingewiesen, daß der geringere Nettoabfluß von Gütern und der entsprechend schrumpfende Liquiditätszufluß „stabilisierende Faktoren von erheblicher Bedeutung“ seien. Die Passivierung der Handelsbilanz sei zur Zeit „unter preispolitischen Gesichtspunkten sogar erwünscht“. Ohne die kräftige Einfuhrsteigerung wäre der Preisauftrieb größer gewesen. Man könne auch von der passiven Handelsbilanz vorerst nicht auf eine ungenügende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Exportmärkten schließen, heißt es weiter in dem Artikel, im Gegensatz zu Behauptungen aus Unternehmerkreisen. Vielmehr liege die Ursache für das Schrumpfen des Außenhandelsüberschusses bei der Einfuhr. Ein hoher und zunehmender Teil der Nachfrage könne nur durch Einfuhren befriedigt werden, da, anders als in den 50er Jahren, die Ausweitung der heimischen Produktion mit den rasch wachsenden Anforderungen weniger Schritt halte.

Alle bisher bekanntgewordenen einschlägigen volkswirtschaftlichen Daten dieses Jahres widersprechen übrigens den Klagen über die

mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Deutlich zeigt sich dies aus der Statistik der Bestellungen in der Industrie. Im Durchschnitt der Monate Mai bis August 1965 waren die Auftragseingänge aus dem Ausland bei den deutschen Industriefirmen — dem Werte nach — um mehr als ein Zehntel höher als im gleichen Vorjahrszeitraum. Von diesem Wiederaufleben der Auslandsnachfrage profitierte vor allem die Grundstoffindustrie. Dagegen waren die Bestellungen inländischer Firmen in den Sommermonaten Juni und Juli 1965 kaum größer als vor Jahresfrist. Erst im August stiegen die Inlandsaufträge wieder um 6,3 vH an. Man wird die Juni- und Juli-ergebnisse jedoch kaum als kennzeichnend für die gegenwärtige Konjunktorentwicklung ansehen können, eher schon das Augustergebnis. Im August 1965 verbuchten die Industriefirmen aus dem Inland und dem Ausland zusammen 7,6 vH mehr Aufträge als im August 1964. Die Zuwachsraten betragen in der Grundstoffindustrie 6 vH, in der Investitionsgüterindustrie 10,1 vH und in der Verbrauchsgüterindustrie 4,4 vH. Im Zeitraum Januar bis August 1965 war der Auftragseingang in der Industrie um knapp 7 vH größer als in der entsprechenden Vorjahrszeit; die Zunahme betrug bei den Inlandsbestellungen 6 vH und bei den Exportorders 7 vH.

Man kann also nicht ernstlich behaupten, daß die westdeutschen Unternehmer durch die Lohn- und Gehaltsforderungen aus dem Markt geworfen werden. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme hat sich nach Berechnung der Bundesbank im 1. Halbjahr 1965 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um knapp 10 vH und damit etwas stärker als das Brutto-sozialprodukt erhöht. Allerdings hat auch die Zahl der Arbeitnehmer zugenommen; je Arbeitnehmer sind die Löhne und Gehälter mit 8,6 vH nicht stärker als im vergangenen Jahr angestiegen. Berücksichtigt man den starken Preisauftrieb in diesem Jahr, dann ergibt sich, daß die Kaufkraft der Löhne und Gehälter um nicht mehr als durchschnittlich 4 bis 5 vH gewachsen ist. Kinderreiche Familien mögen sogar noch einen geringeren Kaufkraftzuwachs erhalten haben, denn der Preisindex für die Lebenshaltung eines Kindes war im August 1965 sogar um 5,7 vH höher als ein Jahr zuvor.

Im übrigen hat die Bundesbank errechnet, daß die Effektivverdienste schneller gewachsen sind als die Tariflöhne und -gehälter, deren Steigerungsrate sich im Vergleich zu Ende 1964 kaum verändert hat. In dieser Entwicklung spiegelt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich wider. Sie ist gekennzeichnet durch eine äußerst niedrige Arbeitslosenzahl bei einem Vielfachen an unbesetzten Arbeitsplätzen. Ende September 1965 wurde mit nur 85 000 Arbeitslosen ein neuer Tiefstand in der Nachkriegszeit erreicht. Demgegenüber gab es knapp 700 000 gemeldete offene Stellen. Die

Zahl der ausländischen Arbeitskräfte betrug Ende September 1,22 Millionen, 231 000 mehr als vor Jahresfrist.

*Zwang zur Rationalisierung löst starke Investitionstätigkeit aus*

Von dieser Arbeitsmarktlage geht ein starker Zwang zur Rationalisierung aus, der sich noch durch den schärfer gewordenen Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen vergrößert. Der Rationalisierungsdruck findet in einer kräftigen Investitionsbereitschaft der Unternehmer seinen Niederschlag. Das *Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung* kommt aufgrund einer Nacherhebung zu dem bereits im Frühjahr von dem Institut vorgenommenen Investitionstest — bei dem 3500 Industriefirmen befragt wurden — zu dem Ergebnis, daß sich das Wachstum der Investitionen der Industriefirmen spürbar beschleunigt hat, und daß die Bruttoanlageinvestitionen der Industrie in der Bundesrepublik in diesem Jahr um mindestens 15 vH zunehmen werden. Dabei wird die Investitionsgüterindustrie selbst den größten Zuwachs aufweisen. Aber auch bei der Verbrauchsgüterindustrie wird für 1965 eine seit Jahren nicht mehr beobachtete Zunahme der Investitionen erwartet.

Die Verbrauchsgüterindustrie hat überhaupt in den letzten Monaten gute Produktionsergebnisse erzielt. Die gesamte Industrie (einschließlich Baugewerbe) hat in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 6,5 vH mehr erzeugt als vor Jahresfrist. Allerdings war die Leistung des Baugewerbes (Rohhochbau und Tiefbau) nur ebenso hoch wie zur entsprechenden Vorjahrszeit. Bleibt sie unberücksichtigt, dann ergibt sich für die verarbeitende Industrie eine Zuwachsrate von gut 7 vH.

Ein eindrucksvolles Bild davon, wie groß der Produktivitätsfortschritt in den letzten 15 Jahren in der Industrie gewesen ist, geben die Ergebnisse einer Untersuchung des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (veröffentlicht in dessen Wochenbericht vom 17. September 1965). Danach wurden im Durchschnitt von der Industrie für die Erzeugung einer Nettoproduktion im Werte von 1000 DM (zu gleichbleibenden Preisen) im Jahre 1950 175 Arbeiterstunden benötigt, 1958 wurde die gleiche Leistung in 114 und 1964 in 73 Arbeiterstunden erbracht. Im laufenden Jahr werden dazu weniger als 70 Stunden ausreichen. Der spezifische Arbeitseinsatz wurde also seit 1950 in der Industrie um drei Fünftel, seit 1958 allein um zwei Fünftel vermindert.

*Günter Pehl*